

CONV 391/02

NEW VERSION

CONTRIB 136

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag der Mitglieder des Konvents Herr Barnier und Herr Vitorino mit dem Titel: "Für eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken"**

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag der Mitglieder des Konvents Herr Barnier und Herr Vitorino erhalten.

**Europäischer Konvent
– 7. November 2002 –**

**Eine bessere Koordination der Wirtschaftspolitik
Beitrag von Herrn Barnier und Herrn Vitorino zum Europäischen Konvent**

Zuständig für die Wirtschaftspolitik sind die nationalen Regierungen. Dies wird auch so bleiben. Aber es besteht die gemeinsame Verpflichtung, diese Politik miteinander abzustimmen. Dass diese Verpflichtung besser eingehalten werden muss, beweisen die in den letzten Monaten aufgetretenen Schwierigkeiten.

Dabei genügt es nicht, Spielregeln aufzustellen: Der Schiedsrichter muss über genügend Autorität verfügen, um die Einhaltung der Regeln zu garantieren, und es muss gewährleistet sein, dass die Entscheidungsstrukturen den Anforderungen angepasst sind. Gewisse Änderungen am Vertrag werden dafür notwendig sein.

Die Arbeitsgruppe "Ordnungspolitik" hat die wichtigsten Fragen ermittelt, die jetzt im Plenum des Konvents zu erörtern sein werden. Es erscheint uns nützlich, kurz auf die zwingenden Gründe für eine Anpassung unserer Verträge hinzuweisen.

1. Wie lassen sich die gemeinsamen Verpflichtungen besser einhalten?

Hierbei geht es uns nicht um die *Art* der Regeln. Die Debatten hierüber sind im Gange. Was immer ihr Ergebnis sein wird, eines ist sicher: Um funktionsfähig zu sein, benötigt die Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsame Regelungen und Mechanismen zur gegenseitigen Abstimmung. Die eingegangenen Verpflichtungen müssen eingehalten

werden.

Gegenwärtig kann die Kommission einfache Empfehlungen zu den *Grundzügen der Wirtschaftspolitik* sowie die im Stabilitätspakt vorgesehenen *Mahnungen* an den Rat richten. Der Rat kann den Inhalt dieser Empfehlungen ohne Schwierigkeiten verändern.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, wie schwierig es für einen Vertreter einer Regierung sein kann, gegenüber einem seiner Kollegen im Rat eine Mahnung auszusprechen. Derartige Situationen führen zu Kompromissen, die die Glaubwürdigkeit der Koordination der Wirtschaftspolitik beeinträchtigen.

Die Kommission empfiehlt deshalb, in Bezug auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die im Stabilitätspakt vorgesehenen Mahnungen die Empfehlungen in *Vorschläge* umzuwandeln. Mit anderen Worten: Die Änderung dieser Vorschläge würde die Zustimmung der Kommission erfordern, es sei denn, der Rat beschließt einstimmig, sie abzuändern. Dies entspricht der im Vertrag vorgesehenen Vorgehensweise.

Eine solche Anpassung würde

- der Kommission die Mittel an die Hand geben, um die Einhaltung der Bestimmungen durch alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten;
- den Gemeinschaftscharakter und die Kohärenz der Politik bewahren.

2. Wie werden Mahnungen beschlossen?

Die Arbeitsgruppe "Ordnungspolitik" hat grundsätzlich bestätigt, dass es sinnvoll ist, der Kommission die Möglichkeit einzuräumen, eigenverantwortlich eine erste Mahnung an jene Mitgliedstaaten auszusprechen, welche Gefahr laufen, ein bestimmtes Haushaltsdefizit zu überschreiten.

Im Interesse der Effizienz des Entscheidungsverfahrens empfiehlt es sich außerdem, den betroffenen Mitgliedstaat von der Abstimmung über eine Mahnung auszuschließen.

Der Vertrag sieht einen solchen Ausschluss vor, wenn der Rat einen Mitgliedstaat auffordern muss, ein überhöhtes Defizit zu korrigieren. In Bezug auf die Abstimmung über Mahnungen wurde eine derartige Bestimmung aber nicht aufgenommen. Naturgemäß wird sich der betroffene Mitgliedstaat im Allgemeinen gegen eine Mahnung aussprechen. Ihn auszuschließen erscheint demnach logisch, um zu vermeiden, dass er nicht gleichzeitig als "Richter und Beklagter" auftritt. Eine solche Regelung wäre auch gerechter: Aufgrund der Stimmengewichtung ist es für bevölkerungsreiche Staaten leichter als für bevölkerungsarme Staaten, eine Mahnung abzuwenden, denn sie können leichter eine Koalition bilden, um eine Sperrminorität zu erreichen. Gerechtigkeit und Effizienz: zwei gute Gründe, um die Bestimmungen des Vertrags in diesem Punkt abzuändern.

3. Wie sollen die Mitgliedstaaten der Euro-Zone Entscheidungen treffen?

Die Grenzen der Eurozone sollen sich letztlich mit den Grenzen der Europäischen Union decken. Weil jedoch mehrere Mitgliedstaaten dieser Zone noch nicht angehören und sich außerdem diese Zahl mit der Erweiterung erhöht, wird es voraussichtlich noch viele Jahre dauern, bis die Deckungsgleichheit erreicht ist.

In dieser Frage muss man sich vor Augen führen, wie die funktionellen Zwänge einer nahezu dreißig Mitgliedstaaten umfassenden Europäischen Union aussehen werden. Die gegenwärtigen Entscheidungsmechanismen im Vertrag sind ganz einfach nicht an die Erfordernisse der Eurozone angepasst. Es ist daher nur sinnvoll, wenn man die Staaten der Eurozone in die Lage versetzt, den Euro betreffende Fragen untereinander zu entscheiden.

Der Status quo würde zu einer Lähmung führen. Die Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, werden im Jahr 2004 in der Mehrheit sein. Die vom Europäischen Rat 1997 geschaffene Eurogruppe ist ein einfaches informelles Diskussionsforum der teilnehmenden Staaten. Sie ist zweifellos von Nutzen und kann deshalb mit ihrer gegenwärtigen Funktion bestehen bleiben. Nach dem geltenden Vertrag kann jedoch allein der Rat (Ecofin) Entscheidungen fällen. Das Problem zu hoher Defizite innerhalb der Eurozone, Fragen der Wechselkurspolitik, Entscheidungen in Bezug auf Mitgliedstaaten, die den Euro einführen möchten und die Eurozone betreffende Aspekte der *Grundzüge*

der Wirtschaftspolitik – zur Regelung all dieser Fragen empfiehlt die Kommission die Einsetzung eines "Ecofin-Rates für die Eurozone", dem die Finanzminister ausschließlich der Staaten der Eurozone angehören und der mit Entscheidungsbefugnissen in den Bereichen ausgestattet ist, die für die Mitgliedstaaten mit derselben Währung von Belang sind.

4. Vertretung der Eurozone in den internationalen Finanzgremien

Der Euro ist heute die zweitwichtigste Währung der Welt und die Eurozone die zweite große Wirtschafts- und Handelsmacht in der Welt.

Dennoch zieht die Europäische Union nicht den größtmöglichen Nutzen aus ihrer internationalen Position. Die Frage der internationalen Vertretung der Eurozone ist *de facto* nicht geregelt. So nehmen etwa in der Gruppe der G7-Finanzminister sowohl der Vorsitz der Eurogruppe – es sei denn, ein G7-Staat hätte gerade den Vorsitz inne – als auch die EZB nur an bestimmten Gesprächen teil. Die Teilnahme der Kommission an den Diskussionen ist auf einen noch geringeren Teil der Tagesordnung begrenzt: z. B. auf die Bekämpfung der Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus.

Im IWF war die einzige nennenswerte Änderung seit 1999, dass man der EZB Beobachterstatus eingeräumt hat. Gewiss wird die vom Vorsitz in internationalen Gesprächen einzunehmende Position heute im Voraus abgestimmt, doch basiert sie häufig auf einem Kompromiss, der es der EU nicht ermöglicht, mit der erforderlichen Autorität aufzutreten und entsprechenden Initiativegeist zu entwickeln.

In der Frage der internationalen Vertretung des Euro und der Position der Gemeinschaft sollte sich der Konvent sich um eine pragmatische, mit Artikel 111 des Vertrags in Einklang stehende Lösung bemühen.